



**UNABHÄNGIGER EUROPÄISCHER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST
FÜR AGRARPOLITIK UND AGRARWIRTSCHAFT**

 **AGRA Europe**

INTERVIEW DER WOCHE



Interview mit Prof. Harald Grethe, Direktor von Agora Agrar

Der Berliner Agrarökonom über die fehlende Umsetzung der Empfehlungen von Borchert-Kommission und ZKL als eine Ursache für den Bauernfrust, den Wert von Stakeholder-Konsensen für die Agrarpolitik, seine Erwartungen an die zweite Hälfte der Legislaturperiode sowie Agora-Ziele und -Vorhaben in diesem Jahr.

Interview von Rainer Münch

Copyright © by AGRA-EUROPE Presse-und Informationsdienst GmbH, 53129 Bonn.

Die Beiträge dieses Dienstes sind urheberrechtlich geschützt. Die Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweiser Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen jeder Art, ist nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig. Alle Informationen werden sorgfältig recherchiert und aufbereitet. Eine Haftung wird ausgeschlossen. ISSN 0515-6777

Herausgeber und Verlag: Agra-Europe GmbH - Kessenicher Straße 221 - 53129 Bonn - info@agra.de - www.agra.de

INTERVIEW

„Die Chance für eine bessere Agrarpolitik nutzen“

Prof. Harald Grethe, der Direktor von Agora Agrar, über die fehlende Umsetzung der Empfehlungen von Borchert-Kommission und ZKL als eine Ursache für den Bauernfrust, den Wert von Stakeholder-Konsensen für die Agrarpolitik, seine Erwartungen an die zweite Hälfte der Legislaturperiode sowie Agora-Ziele und -Vorhaben in diesem Jahr.

Interview von Rainer Münch

Herr Prof. Grethe, in den vergangenen Wochen demonstrierten Zehntausende Landwirtinnen und Landwirte gegen die Sparpläne der Bundesregierung. Halten Sie die Proteste für gerechtfertigt?

Ich halte die Proteste für verständlich. Und sie waren erfolgreich für die Landwirtinnen und Landwirte: Zum einen haben sie erreicht, dass die Kfz-Steuerbefreiung bleibt und der Abbau der Agrardieselvevergütung zeitlich gestreckt wird. Zum anderen haben sich Politik, Medien und auch viele Menschen in der Breite der Gesellschaft mehr als vorher damit beschäftigt, wie Landwirtschaft wirtschaftlich funktioniert, was die Herausforderungen sind, und welche politische Gestaltung der Rahmenbedingungen wir brauchen. Diese Aufmerksamkeit können Landwirtinnen und Landwirte nutzen und sich politisch dafür einsetzen, Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und der Borchert-Kommission umzusetzen. Das bietet viel mehr Chancen als der Erhalt der Agrardieselvevergütung, die ohnehin ein Auslaufmodell ist.

Was könnte das konkret sein?

Insbesondere sehe ich hier die Einführung von langfristig verlässlichen Tierwohlprämien, auf deren Finanzierung die Bundesregierung sich einigen muss. Darüber hinaus gäbe es viel Potenzial für eine Düngepolitik, die sich konsequent an den Nährstoffüberschüssen orientiert und eine Pflanzenschutzmittelpolitik, die nicht auf Verbote in großflächigen Schutzgebietskulissen setzt, sondern ökonomische Anreize schafft und dabei gleichzeitig unternehmerische Gestaltungsmöglichkeiten erhält.

Setzt der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen die richtigen Zeichen?

Es werden wichtige Fragen aufgeworfen, aber nicht beantwortet. Zur Mitte der Legislaturperiode ist der Anspruch, dass eine Regierung Antworten auf die drängenden Fragen hat. Es erstaunt zum Beispiel, wenn im Entschließungsantrag formuliert wird, dass in den kommenden Monaten die Frage zu klären sei, wie die Finanzierung einer tierwohlgerechten Tierhaltung sichergestellt werden kann. Das wissen wir seit mindestens vier Jahren sehr genau, nämlich aus allgemeinen Haushaltsmitteln, eventuell gegenfinanziert durch eine Umsatzsteuerreform oder eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte. Die Ampel ist seit mehr als zwei Jahren im Amt. Es hat eine Koalitionsarbeitsgruppe gegeben, die die Frage der Finanzierung diskutiert und sich auf eine „Tierwohlabgabe“ geeinigt hat. Das ist ein unscharfer Begriff, genau wie „Tierwohl-Taler“ und „Tierwohl-Cent“. Ein wichtiges Signal der Regierung an die Landwirtschaft wäre jetzt eine Entscheidung, wie die Finanzierung erfolgen soll und der Einstieg in die Umsetzung. Dafür braucht es aus meiner Sicht keine weiteren Arbeitsgruppen, Prüfungen oder Kommissionen.

Die Frage nach Wettbewerbsgleichheit innerhalb der EU stellt sich auch weiterhin. Welche Rolle spielen die Treibstoffkosten und für die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Betriebe?

Bei 100 Liter Dieselerverbrauch pro Hektar ergibt sich bisher eine Rückerstattung von durchschnittlich etwa 20 Euro pro Hektar. Das ist für die meisten Betriebe zwar nicht ausschlaggebend. Trotzdem: Auf einem landwirtschaftlichen Großbetrieb mit 4.000 ha sind das 80.000 Euro und damit sicher nicht wenig. Andere staatliche Zahlungen sind aber bedeutender: Das Budget für politische Maßnahmen in der Ersten und der Zweiten Säule der GAP beträgt in Deutschland durchschnittlich etwa 380 Euro pro Hektar - also ein Vielfaches der Dieselerückstattung. In anderen Ländern werden teilweise mehr, teilweise weniger Steuern auf Agrardiesel gezahlt. Das liegt daran, dass das Steuerrecht in den Händen der Mitgliedstaaten liegt. So werden in Luxemburg und Belgien keine Steuern auf Agrardiesel erhoben. In den Niederlanden hingegen zahlen die Landwirte den vollen regulären Steuersatz, der außerdem noch über dem deutschen Steuersatz liegt.

Sind die deutschen Landwirte aufgrund der geltenden nationalen Rahmenbedingungen im europäischen Wettbewerb benachteiligt?

Deutschland gehört sicher zu den EU-Mitgliedstaaten, in denen die Nachhaltigkeitsansprüche der Bevölkerung besonders hoch sind. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, braucht es mehr als Ordnungsrecht. Es muss auch gefördert und bei besonders hohen Mindeststandards müssen die Kosten teilweise auch kompensiert werden. Das sehen die Konsense der Zukunftskommission Landwirtschaft und der Borchert-Kommission auch vor. Trotzdem wird es immer ein gewisses Maß von Ungleichheit in einer Staatengemeinschaft wie der EU geben. Es lohnt sich, dabei auch auf die Vorteile zu schauen, etwa dass Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland eine gute und kostenlose Berufsausbildung und eine gute Infrastruktur vorfinden.

Was sind neben dem Agrardiesel tiefergehende Ursachen für den gegenwärtigen Unmut in der Landwirtschaft?

Die Gründe sind vielfältig und haben sich offensichtlich lange angestaut. Ich höre oft, dass sich Landwirtinnen und Landwirte nicht wertgeschätzt fühlen, dass gesellschaftliche Ansprüche und Bürokratie immer weniger handhabbar sind, dass sie sich als Unternehmerinnen und Unternehmer durch immer neue Regelungen eingeschränkt fühlen. Das ist, zumindest in Teilen, verständlich. Grundsätzliches Klagen über Bürokratie hilft aber nicht, denn wir brauchen Regeln, um damit Ziele zu erreichen. Trotzdem ist es wichtig, das Schlagwort „Bürokratieabbau“ zu konkretisieren und wo dies möglich ist, Regulierung und ihre Bewältigung zu vereinfachen. Für verständlich halte ich insbesondere die Unsicherheit, die daraus entsteht, dass steigende gesellschaftliche Ansprüche an Tierwohl, Klima- und Biodiversitätsschutz von der Politik nicht hinreichend in Chancen übersetzt werden. Zum Beispiel hat der Brüsseler Verordnungsvorschlag zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) bei vielen Landwirtinnen und Landwirten für Unmut und Verunsicherung gesorgt.

Aus dieser Problemlage heraus sind ja schon in der letzten Legislaturperiode die ZKL und die Borchert-Kommission entstanden. Jetzt wächst die Enttäuschung darüber, dass die Politik kaum Schritte unternommen hat, um die Ergebnisse dieser Kommissionen umzusetzen. Der DBV und andere landwirtschaftliche Organisationen haben die Konsense der ZKL und der Borchert-Kommission mitgestaltet und tragen sie bis heute mit. Das war ein enormer Durchbruch. Die Frustration darüber, dass die Politik bisher nur wenig umgesetzt, ist groß - im Berufsstand, aber auch in den Umweltverbänden. Die fehlende Umsetzung trägt zur Polarisierung der Debatte bei.

Warum entsteht hierdurch Polarisierung?

Man muss sich klar machen, dass mit dem Borchert- und dem ZKL-Konsens sowohl die Vertretung des Berufsstandes wie auch die Umweltverbände ins Risiko gegangen sind: Sie haben für diese Konsense in ihren eigenen Reihen geworben. Wenn Politik jetzt nicht umgesetzt, werden auf beiden Seiten keine Erfolge nach Hause gebracht. Das schwächt diejenigen, die sich für ein Weiterkommen stark gemacht haben und es stärkt diejenigen, die gar nicht nach Lösungen suchen.

Mit ihren Sparplänen hat die Bundesregierung massiv Vertrauen bei den Landwirtinnen und Landwirten eingebüßt. Teilen Sie die Einschätzung?

Ja, denn die Maßnahmen kamen unvermittelt. Es fehlten ein agrarpolitisches Gesamtkonzept und eine überzeugende Argumentation. Aktuell liegen große Handlungsfelder brach, was eine Polarisierung der Debatten um die SUR, Glyphosat und CRISPR nur befeuert. Aber, so schwierig die gegenwärtige Situation auch ist, ich halte sie dennoch für eine Chance: Es ist für alle demokratischen Parteien von Interesse, Probleme evidenzbasiert zu lösen, sonst werden die Ränder des politischen Spektrums gestärkt. Die Legislaturperiode ist noch nicht vorbei. Die Ampel könnte in der Agrar- und Ernährungspolitik einige Projekte, die den Sektor weiterbringen, gemeinsam umsetzen. Und in zentralen Fragen von großer Langfristigkeit, wie dem Tierwohlumbau, gäbe es meines Erachtens die Chance, auch CDU und CSU in Grundsatzentscheidungen einzubeziehen. Die CDU hat die beiden Kommissionen zur Zukunft der Landwirtschaft und der Tierhaltung auf den Weg gebracht. Das war ein wichtiger Schritt. Die Umsetzung sollte sich nicht an Legislaturperioden orientieren, sondern langfristige Planungssicherheit für die Landwirtschaft ermöglichen.

Was sind die Gründe für das Scheitern der Kommissionen, Politikversagen oder überzogene Erwartungen an die Umsetzung der Empfehlungen?

Die Politik wäre am Zug gewesen zu liefern. Das betrifft nicht nur die Ampel, sondern auch die Vorgängerregierung. Der Konsens der Borchert-Kommission wurde durch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats (WBAE) von 2015 zur Nutztierhaltung vorbereitet. Die Politik wollte nicht ohne eine breite Unterstützung durch zentrale Interessengruppen handeln. Das ist verständlich. Diese Unterstützung kam dann aber mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission im Februar 2020. Der nächste Schritt wäre die Umsetzung gewesen. Dass das „machbar“ ist und „Folgen“ hat, wusste man auch vor der Machbarkeitsstudie und der Folgenabschätzung. Wer sich einen derart breiten und erfolversprechenden Konsens bei den Interessensgruppen einholt, ist dann auch in der Bringschuld.

Die gesamtwirtschaftliche Lage hat sich verändert. Sind solche Stakeholder-Ansätze nur etwas für „Schön-Wetter-Perioden“?

Für die angestrebten Veränderungen braucht es keine Schön-Wetter-Perioden, aber ein vernünftiges Gesprächsklima: Was wir derzeit erleben, ist, dass all diejenigen unter Druck geraten, die für Diskussion und Kompromiss stehen. Das ist nicht gut. Eine Demokratie lebt davon, dass wir immer wieder konstruktiv miteinander um Lösungen ringen.

Was muss anders werden, damit sie funktionieren?

Ich meine, dass es sich lohnt, sich weiterhin hinter den Ergebnissen solcher Stakeholder-Konsense zu versammeln. Es ist ein großer Gewinn, dass Stakeholder aus Berufsstand, Umwelt- und Tierschutz und Wissenschaft in zentralen Fragen Einigkeit erzielt haben. Ich bin überzeugt, dass politische Parteien zunehmend erkennen, wie wertvoll solche Stakeholder-Konsense für eine erfolgreiche Sachpolitik sind und ihre Verantwortung zur Umsetzung realisieren. Jetzt gilt für alle demokratischen Parteien: Es lohnt sich, die guten Ergebnisse der Dialoge in die Wahlprogramme und in den nächsten Koalitionsvertrag zu übersetzen.

Die Politik saß weder bei der Borchert-Kommission noch bei der ZKL mit am Tisch. Ist das der Kardinalfehler gewesen?

Die Politik hat die Kommissionen eingesetzt und deren Arbeit verfolgt. Am Ende ist es ihre Aufgabe, die Vorschläge aufzugreifen und zumindest in Teilen umzusetzen. Ein von zentralen Stakeholdern und Wissenschaft getragener Kompromiss ist die beste Grundlage dafür.

Wie fällt aus Ihrer Sicht die Halbzeitbilanz der Ampel in der Agrarpolitik aus?

Leider hat die Ampel die Steilvorlage von Borchert-Kommission und ZKL viel zu wenig genutzt und damit Erwartungen enttäuscht. Andererseits wurden auch einige Projekte auf den Weg gebracht, die ich durchaus als Fortschritt sehe und die langfristig große Wirksamkeit entfalten können. Außerdem ist die Legislaturperiode ja noch nicht vorbei und die gegenwärtige Aufmerksamkeit für das Thema in Medien und Öffentlichkeit bietet die Chance, dass die Politik sich „zusammenrauft“ und jetzt noch einige wirklich wichtige Projekte voranbringt.

In welchen Punkten hat sie am meisten enttäuscht?

Aus meiner Sicht ist das vor allem der viel zu zurückhaltende Einstieg in die Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission. Von großer Wichtigkeit ist auch ein umfassendes Konzept für eine gute Düngepolitik, die sich konsequent an einzelbetrieblichen Nährstoffüberschüssen orientiert und nicht auf die pauschale Differenzierung entlang der Grenzen von sogenannten Roten Gebieten setzt, die bei vielen Betrieben zu viel Unmut und Unsicherheit geführt haben. Ähnlich wie in der Pflanzenschutzpolitik kann ich hier bisher keine konzeptionellen Vorschläge aus der Regierungskoalition erkennen. In der Pflanzenschutzpolitik geht es darum, den Mitteleinsatz, gewichtet mit der Umwelttoxizität, zu verringern. Auch hierfür braucht es ein umfassendes Konzept, das nicht auf pauschale Verbote in großflächigen Schutzgebietskulissen setzt, sondern ökonomische Anreize nutzt und Handlungsoptionen für landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer erhält. Schließlich halte ich es für wichtig, Konzepte für die stärkere Einbeziehung der Landnutzungssektoren in die Klimapolitik zu entwickeln.

Was hat die Ampel hinbekommen?

Ich halte den Einstieg in eine verpflichtende Haltungskennzeichnung trotz aller Kritik im Detail für einen Fortschritt. Wenn es bei frischem Schweinefleisch bleibt, wäre nichts gewonnen, aber es ist eine Ausweitung auf Gastronomie und Verarbeitungsware geplant. Wenn das gelingt, wäre es ein großer Fortschritt, der privatwirtschaftlich wahrscheinlich nicht gelungen wäre. Ebenfalls für einen Fortschritt halte ich den geplanten Einstieg in langfristige Tierwohlprämien - auch wenn das in vielerlei Hinsicht noch nicht ausreicht: Die langfristige Finanzierung ist nicht gesichert, und die Ampelkoalition vermittelt bisher nicht den Eindruck, dass sie geschlossen hinter dem Konzept steht. Aber es gilt auch festzuhalten, dass vorangegangene Bundesregierungen nicht einmal einen Einstieg in das Konzept „staatliche Tierwohlprämien“ geschafft haben. Ebenfalls ein Fortschritt ist die Bereitstellung umfangreicher Mittel für die Moorwiedervernässung im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz.

Und wie sieht es in der Ernährungspolitik aus?

Die Verabschiedung einer Ernährungsstrategie ist ein Erfolg. Die Ziele im Bereich Gesundheit, Ökologie und Soziales sind richtig, und es ist gut, dass die Strategie als Bundesstrategie verabschiedet wurde und damit von allen Ministerien getragen wird. Wichtig ist auch, dass die Politik das Thema pflanzenbetonere Ernährung diskutiert. Zum einen wird offen angesprochen, dass es für die Nachhaltigkeit wichtig ist, im Durchschnitt weniger tierische Produkte zu konsumieren. Alle einschlägigen Räte und Beiräte der Bundesregierung, aber auch andere wissenschaftliche Kommissionen und Akademien, stellen das seit Langem immer wieder fest. Es ist gut, dass das auch in der Politik angekommen ist.

Zum anderen werden die individuelle Entscheidungsfreiheit und der hohe ernährungsphysiologische Wert tierischer Produkte anerkannt. Wir müssen bei diesem Thema aus der Polarisierung der Diskussion herauskommen. Ich halte es auch für einen Fortschritt, dass das Thema „Einschränkung von an Kinder gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel“ auf dem Tisch ist. Die Vorschläge des BMEL zu Werbeeinschränkungen entsprechen dem Stand wissenschaftlicher Empfehlungen und meiner Wahrnehmung nach auch der Einschätzung einer gesellschaftlichen Mehrheit. Der teilweise fundamentale Widerstand der Verbände der Lebensmittelwirtschaft erstaunt mich. Viele Mitgliedsunternehmen der Verbände sind deutlich weiter in der Anerkennung gesellschaftlicher Verantwortung privatwirtschaftlicher Akteure.

Was erwarten Sie von der Ampel in der zweiten Hälfte der Legislatur?

Die zweite Hälfte der Legislatur läuft ja schon, und das letzte Jahr ist erfahrungsgemäß vom anlaufenden Wahlkampf bestimmt. Insofern ist die verbleibende Zeit knapp und es gilt, den Unmut der Landwirtschaft und die gegenwärtige Aufmerksamkeit für den Sektor als Chance für die Ampelkoalition zu begreifen, zu gestalten und Probleme zu lösen. Für mich steht dabei das Flaggschiffprojekt „Umbau der Nutztierhaltung“ ganz oben. Und dort wiederum ist ein parteiübergreifendes, glaubwürdiges politisches Signal für die langfristige Verlässlichkeit von Tierwohlprämien von großer Bedeutung. Aus meiner Sicht bestünde hier sogar die Chance, auch die CDU in einen Konsens einzubeziehen. Das Konzept wurde noch unter einer CDU-geführten Bundesregierung erarbeitet und es braucht jetzt partei- und legislaturperiodenübergreifende Tragfähigkeit.

In der Ernährungspolitik geht es jetzt darum, von der Ernährungsstrategie ins Handeln zu kommen. So sollen die Qualitätsstandards der deutschen Gesellschaft für Ernährung in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung bis 2030 verpflichtend werden. Dies ist ein guter und wichtiger Schritt. Um dies zu erreichen, muss die Kooperation mit den Bundesländern und Kommunen ausgeweitet werden. Ein besonders großer Hebel läge in der Einführung einer beitragsfreien Kita- und Schulverpflegung, wie dies auch vom WBAE und dem vom Bundestag eingesetzten Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ empfohlen wurde.

Die „Denkfabrik“ Agora Agrar ist ein Jahr alt. Was sind die Ziele?

Das Ziel von Agora Agrar ist, demokratisch ausgehandelte Klimaschutz-, Biodiversitäts- und andere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse über zukünftige Ziele zu unterstützen. Außerdem will Agora Agrar zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vermitteln und zur Entwicklung von Chancen für die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen aus der Erfüllung gesellschaftlicher Ansprüche beitragen.

Was lautet Ihr Fazit aus dem ersten Jahr Arbeit von Agora Agrar?

Wir haben ein klasse Team von 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgebaut, mit vielen Stakeholdern Gespräche geführt und die Arbeit an verschiedenen Studien begonnen. Gerade in der gegenwärtigen, teilweise polarisierten Diskussion merken wir besonders, wie wichtig es ist, mit Analysen dazu beitragen, langfristige politische Gestaltungsoptionen zu entwickeln. Die Ergebnisse von Borchert-Kommission und ZKL sind Meilensteine und immer noch eine sehr gute Basis für die Gestaltung der praktischen Agrar- und Ernährungspolitik, müssen aber weiterhin übersetzt werden in konkrete Politikvorschläge. Zudem müssen politische Akteure dafür gewonnen werden, den Rahmen so zu gestalten, dass aus Klima-, Biodiversitäts- und Tierschutz wirtschaftliche Chancen für die Landwirtschaft entstehen.

Welche Schwerpunkte wird Agora Agrar in diesem Jahr setzen?

Wir arbeiten an einer Studie zur Landnutzung und Ernährung in einer klimaneutralen EU. Wir definieren darin eine mögliche Zukunft, die eine effiziente Landnutzung, eine gesunde und nachhaltige Ernährung und die Erreichung ökologischer EU-Nachhaltigkeitsziele wie Klima- und Biodiversitätsschutz in der EU verbindet. Außerdem zeigen wir, dass die EU gleichzeitig ihren Flächenanspruch für Importe aus anderen Teilen der Welt verringern kann und die Landnutzungssektoren trotzdem mehr Biomasse als heute für die Dekarbonisierung anderer Wirtschaftsbereiche bereitstellen können. Es geht also darum, mit einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zentrale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen und wirtschaftliche Chancen für die ländlichen Räume in der EU zu entwickeln.

Diese Studie werden wir gegen Mitte des Jahres veröffentlichen und anschließend Handlungsoptionen und insbesondere die erforderliche politische Gestaltung für Deutschland konkretisieren. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den Klimawirkungen des Ernährungssystems insgesamt. Die Emissionen aus der Landwirtschaft sind aus der Treibhausgasberichterstattung bekannt. Für das Ernährungssystem insgesamt fehlen solide Daten.

Agora Agrar steht immer wieder im Mittelpunkt kritischer Äußerungen aus den Reihen der Landwirtschaft. Wie gehen Sie damit um?

Wir reden viel mit Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft. Viele Fragen beziehen sich auf unsere Unabhängigkeit, unsere Finanzierung und unsere Ziele. Da stellen wir Transparenz her. Letztendlich ist für die Akteure aber unsere inhaltliche Arbeit relevant: Unsere Studien, unsere Dialoge, unsere Politikempfehlungen.

Wie unabhängig agiert Agora Agrar?

Agora Agrar arbeitet unabhängig von unternehmerischen oder parteipolitischen Interessen. Wir werden durch gemeinnützige Stiftungen und Organisationen institutionell gefördert, überwiegend europäische Familien und Unternehmensstiftungen wie die Robert Bosch Stiftung. Wir betreiben keine Auftragsforschung und erhalten kein Geld von Bundesministerien oder nachgeordneten Behörden.

Christine Chemnitz und ich leiten Agora Agrar gemeinsam und legen die Schwerpunkte der Arbeit fest. Mit den anderen Agora Thinktanks Agora Energiewende und Agora Industrie nutzen wir zentrale Strukturen im Rahmen einer gemeinsamen, gemeinnützigen GmbH. Unsere Arbeit ist inhaltlich unabhängig von den anderen Agora Thinktanks.

Hat sich die Denkfabrik der Umsetzung einseitig grüner Agrarpolitik verschrieben?

Nein. Wir haben uns einer „evidenzbasierten Agrarpolitik verschrieben“. Das heißt, dass wir Konzepte vorlegen, um die Agrar-, Wald- und Ernährungspolitik auf Basis von Wissen zu gestalten. Das steht im Konflikt mit einer einseitigen parteipolitischen Ausrichtung.

Wir teilen zum Beispiel weder die in einigen Parteien verbreitete pauschale Ablehnung von CRISPR, noch die in anderen Parteien verbreitete Überzeugung, der „Markt müsse alles richten“. Stattdessen sind wir der Auffassung, dass eine zukunftsorientierte Agrar-, Wald- und Ernährungspolitik für alle demokratischen Parteien wichtig ist. Sie ist „sozial gerecht“, denn sie ermöglicht allen Bürgerinnen und Bürgern eine gesunde und nachhaltige Ernährung und strebt faire Einkommen in den Landnutzungssektoren an. Sie ist „liberal“, denn sie erkennt die Bedeutung unternehmerischer Gestaltungsfreiheit und Kreativität – ohne geht es nicht. Sie ist „konservativ“, denn sie schützt die Natur sowie traditionelle und ländliche Lebensentwürfe. Und sie ist „ökologisch“, denn sie packt die Herausforderungen im Klima- und Biodiversitätsschutz an.

Vielen Dank. AgE